

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 66. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Juni 2014, 11:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Beate Raudies (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2013 - 2014 Europabericht 2013 - 2014	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1841	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Kirchensteuergesetzes und des Kirchenaustrittsgesetzes	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1842	
3. Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/351	
4. a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1861	
b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1747	
5. a) Personalstruktur- und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen	9
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1867	
b) Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2013 und der Vorjahre	
Vorlage der Staatskanzlei Umdruck 18/2761	

6. Information/Kenntnisnahme 12

[Umdrucke 18/2507](#), [18/2675](#) und 18/2760 - Repräsentations- und Bewirtungskosten
Hochschulen

[Umdruck 18/2758](#) - Konsolidierungsbericht 2013

[Umdruck 18/2759](#) - Mai-Steuerschätzung

[Umdruck 18/2762](#) - XPersonenstand

[Umdruck 18/2893](#) - Einführung von europäischen Rechnungslegungsstandards

[Umdruck 18/2914](#) - Energieförderprogramme

7. Verschiedenes 13

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 11:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2013 - 2014
Europabericht 2013 - 2014

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1841](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014 an den **Europausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse des Landtages)

Der Ausschuss nimmt den Europabericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Kirchensteuergesetzes und
des Kirchenaustrittsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/1842](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014)

Bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/1842](#) unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/351](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss; der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ablehnung)

hierzu: [Umdrucke 18/705, 18/740, 18/749, 18/779, 18/780, 18/817, 18/826, 18/845, 18/850, 18/861 \(neu\), 18/863, 18/868, 18/886, 18/887, 18/896, 18/897, 18/926](#)

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, den FDP-Antrag [Drucksache 18/351](#) abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/1861](#)

Abg. Koch erklärt, die CDU stimme dem Gesetzentwurf trotz technischer Mängel in der Sache zu. Das Instrument der Sondervermögen solle nicht überstrapaziert werden.

Abg. Schmidt begründet die Ablehnung der PIRATEN mit dem Weg der Finanzierung. Der Breitbandausbau und grundsätzlich Infrastrukturvorhaben müssten als Kernaufgabe des Landes aus dem regulären Haushalt und nicht über Sondervermögen angemessen finanziert werden.

Gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs [Drucksache 18/1861](#) zu empfehlen.

b) Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)

Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1747](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Der Finanzausschuss gibt gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss folgendes Votum ab: Der Finanzausschuss unterstützt das Anliegen des Antrags, sofern es weitgehend kostenneutral umgesetzt werden kann. Er bittet die Landesregierung, zu möglichen finanziellen Belastungen und rechtlichen Fragen (Haftung, Betreiber, Ausschreibung) Stellung zu nehmen, und den Wirtschaftsausschuss, die Stadt Berlin mit der Bitte anzuschreiben, ihre Erfahrungen mit der Thematik darzulegen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Personalstruktur- und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1867](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Dr. Garg unterstützt das Anliegen des PIRATEN-Antrags, qualitative Aussagen der Landesregierung zu einem modernen Personalmanagement und zu der Frage zu erhalten, wie die Aufgabe des Ressortprinzips operationalisiert werde. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Ankündigung des Ministerpräsidenten, ein Konzept zum Gesundheitsmanagement vorzulegen.

Abg. Koch spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung dem Landtag einen Personalmanagementbericht nach der Einführung von KoPers erstmals im Jahr 2017 zuleite und schrittweise weiterentwickle.

Abg. Winter, Harms und Raudies unterstützen die Zielsetzung des Antrags, weisen allerdings auf bestehende Berichte hin und wollen zunächst die Ergebnisse von KoPers abwarten und keine Doppelstrukturen aufbauen.

Frau Günther, Leiterin des Zentralen Personalmanagements in der Staatskanzlei, hebt die Bedeutung eines zentralen Personalmanagements hervor und macht darauf aufmerksam, dass man im Moment lediglich Zugriff auf die abrechnungsrelevanten Daten der 56.000 Landesbediensteten habe. Es müssten Einzelabfragen durchgeführt werden, um detailliertere Informationen zu gewinnen. Diese erwarte man vom Integrierten Personalmanagement im Jahr 2016.

Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, warnt davor, darauf zu vertrauen, dass KoPers irgendwann alles richten werde. Um beim Personalabbau und bei der Personalgewinnung für eine funktionierende Verwaltung voranzukommen, brauche man jetzt eine valide Datengrundlage.

Abg. Dr. Garg möchte wissen, welche politischen Zielvorstellungen die Landesregierung hinsichtlich des Personalmanagements habe. Er schlägt vor, die Beratung über den PIRATEN-Antrag im Zusammenhang mit der Behandlung des von der Landesregierung angekündigten Berichts zum Gesundheitsmanagement fortzusetzen.

Abg. Schmidt hält es für entscheidend, welche Schlussfolgerungen die Landesregierung aus den Daten ziehe und welche Initiativen und Maßnahmen sie ergreife.

Der Finanzausschuss beschließt, die Beratung über den Antrag der PIRATEN im Zusammenhang mit der Behandlung des von der Landesregierung angekündigten Berichts zum Gesundheitsmanagement fortzusetzen. Er bittet die Landesregierung darzulegen, welche Datengrundlagen für ein Personalmanagement vorhanden sind, welche Daten in welchem Umfang in Zukunft dazukommen, welche Aspekte des PIRATEN-Antrags auf der gegenwärtigen Datengrundlage nicht beantwortet werden können und welche Fragen zukünftig durch KoPers beantwortet werden können.

b) Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2013 und der Vorjahre

Vorlage der Staatskanzlei

[Umdruck 18/2761](#)

Frau Günther stellt den Stellen- und Personalabbaubericht, [Umdruck 18/2761](#), vor.

Nach Auffassung von Abg. Dr. Garg darf der Stellenabbau nicht dazu führen, dass das Land gesetzliche Pflichtaufgaben, zum Beispiel bei der Überwachung von Arzneimitteln oder Medizinprodukten, nicht mehr erfüllen könne.

Herr Losse-Müller, Staatssekretär im Finanzministerium, hält es für entscheidend, dass die öffentliche Verwaltung - wie die private Wirtschaft - produktiver arbeite. Die Stelleneinsparungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums würden wesentlich erbracht durch den Wegfall der Kfz-Steuer, Änderungen bei der Spielbankrevision und die Reorganisation der Steuerverwaltung. Voraussetzung für den Personalabbau seien der Abbau von Aufgaben, eine verstärkte Umstellung auf IT-Verfahren und die Optimierung von Verwaltungsprozessen. Dies erfordere zwar zunächst Investitionen, könne später allerdings Freiräume schaffen, an bestimmten Stellen mehr Personal abzubauen, an anderen weniger.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/2761](#) zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdrucke 18/2507](#), [18/2675](#) und 18/2760 - Repräsentations- und Bewirtungskosten Hochschulen

[Umdruck 18/2758](#) - Konsolidierungsbericht 2013

[Umdruck 18/2759](#) - Mai-Steuerschätzung

[Umdruck 18/2762](#) - XPersonenstand

[Umdruck 18/2893](#) - Einführung von europäischen Rechnungslegungsstandards

[Umdruck 18/2914](#) - Energieförderprogramme

Zu [Umdruck 18/2758](#) - Konsolidierungsbericht 2013 - fragt Abg. Koch die Landesregierung, ob zusätzliche kw-Stellen, zum Beispiel in der Staatskanzlei, die Umsetzung des gegenüber dem Stabilitätsrat gemeldeten Personalabbaupfads konterkarierten. - Frau Günther, Leiterin des Zentralen Personalmanagements in der Staatskanzlei, verneint diese Frage.

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Vorsitzende teilt mit, dass die Akten zum Lehrkräftebildungsgesetz ab sofort im Ausschussbüro eingesehen werden können.

Abg. Herdejürgen wird von anderen Ausschussmitgliedern in ihrem Bestreben unterstützt, die Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung zur **Aktenvorlage** dahin gehend zu ändern, dass auch die jeweiligen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen die Akten der Landesregierung einsehen dürfen (wie beim Beteiligungsausschuss).

b) Nächste **Sitzungen**:

- Donnerstag, 3. Juli 2014,
9 bis 10 Uhr Finanzausschuss
10 bis 13 Uhr Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung
13 bis 14:30 Uhr Beteiligungsausschuss

- Freitagnachmittag, 11. Juli 2014, Beteiligungsausschuss

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer